

## 8. Parteitag der Exil-CDU in Coburg Deutschlands waches Gewissen

Mit einer Fahrt entlang der Zonengrenze für die Delegierten begann der Parteitag der Exil-CDU. Der in Coburg stattgefundenen Kongreß stand unter dem Motto: „Selbstbestimmung gegen Mauer und Stacheldraht.“

Der Eröffnungssitzung waren am Sonnabend Arbeitstagungen der Frauen und Landesgruppen sowie der Jungen Union vorausgegangen. Am Coburger Parteitag nahmen neben zahlrei-

chen Gästen aus allen Teilen der Bundesrepublik 152 Delegierte teil, die die Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen vertraten. Unter den Delegierten befanden sich Minister der ehemaligen mitteldeutschen Länder und frühere Landtagsabgeordnete. 31 Delegierte waren unter dem Ulbricht-Regime in langer politischer Haft.

der und die gesamtdeutschen Impulse in der internationalen Politik intensiver machen. „Zum Beispiel mit Bundestagsitzungen in Berlin. Es muß endlich Schluß sein mit der Unentschlossenheit in dieser Not.“

Zur Gestaltung des 17. Junischlug der Bundestagsabgeord-

### Die Exil-CDU demonstrierte für die deutsche Wiedervereinigung

HW Coburg — In bemerkenswert aufgeschlossener Stimmung setzte der Parteitag der Exil-CDU seine Beratungen in Coburg fort. Der Tag mit dem einleitenden Referat des Bundestagsabgeordneten Gradl zum Thema „Ist Wiedervereinigung aktuell?“, die mahnenden Worte von Bundesminister a. D. Ernst Lemmer auf der öffentlichen Kundgebung auf dem Marktplatz und der abschließende Fackelzug um die illuminierte historische Veste der Stadt waren nicht ohne Eindruck geblieben.

Bis weit in die Zone hinein leuchtete das Licht einer nächtlichen Demonstration, die, wie übrigens der gesamte Parteitag, im Zeichen der Forderung nach Selbstbestimmung für alle Deutschen stand.

Vor der Coburger Bevölkerung erklärte Lemmer, daß die deutsche Frage von der Tagesordnung der Politik zwischen Ost und West nicht abgesetzt werden könne. Es werde Sache der deutschen Politik sein, die Welt davon zu überzeugen, daß die Erfüllung des natürlichen Rechts auf Selbstbestimmung auch im Interesse aller Nachbarn Deutschlands liege.

An die Bevölkerung der Bundesrepublik richtete Lemmer den dringenden Appell, sich gegen die Anfechtung zu wehren, in der Jagd nach materiellen Vorteilen und Wohlstand zu übersehen, „daß es höhere

Werte in der Existenz eines Volkes gibt“.

Für eine aktive politische Wiedervereinigung setzte sich Gradl in seinem Referat ein. Nach so vielen Jahren vergeblichen Wartens sei es an der Zeit, nicht mehr das Selbstbestimmungsrecht nur zu beschwören, sondern es konkret und hartnäckig zu fordern. Die von deutscher Seite bislang an den Tag gelegte Geduld könne kein Dauerfahrtschein sein für Ulbrichts Terror an der Mauer und in der Zone.

Im Hinblick auf die enttäuschten Gefühle der 17 Millionen in der Zone meinte Gradl, daß man bei ihnen weder falsche Hoffnungen wecken, noch sie vom sicheren Hort aus zu Unbesonnenheiten aufhetzen dürfe. Vielmehr müßten wir auf unserer Seite den deutschen Willen offenkundiger, drängen-

### Mehr Lohn für Metallarbeiter

Berlin — Fünf Prozent mehr Lohn erhalten Berlins Metallarbeiter vom 1. Mai an. Weitere zwei Prozent sollen am 1. April 1964 gewährt werden. Das Abkommen zwischen dem Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeber und der IG Metall hat eine Laufzeit von achtzehn Monaten. Zusätzlich sollen die Zeitlohnarbeiter einen Zuschlag von zehn Prozent bereits nach der 13. Woche (bisher 26 Wochen) ihrer Betriebszugehörigkeit erhalten.

Auch Bankangestellte erhalten vom 1. April an eine Gehaltserhöhung um 6,5 Prozent und eine zusätzliche Ausgleichszahlung von 25 Prozent des Monatsgehaltes. Damit wurde der seit 1962 bestehende tariflose Zustand für 20 000 Angestellte der öffentlich-Rechtlichen Kreditanstalten beendet.

nete vor, den Menschen zu diesem Tage eine konkrete politische Aufgabe zu zeigen. „Eine Volksabstimmung über das deutsche Selbstbestimmungsrecht ist ein solches Ziel.“

Die Chance einer Wiedervereinigung sieht Gradl in einer Wandlung der sowjetischen Deutschlandpolitik, auf die hinzuwirken unsere Aufgabe sei. Eine Verständigung mit dem deutschen Volk auf der Grundlage eines Selbstbestimmungsrechts müsse allen sowjetischen Eigeninteressen verdeutlicht werden.

# Exil-CDU drängt auf eine Volksabstimmung

Barzel protestiert scharf gegen Feuerüberfall der Vopo  
Lemmer zum Vorsitzenden gewählt

HW Coburg — Im Anschluß an den Parteitag der Exil-CDU in Coburg unternahm der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Barzel, eine Fahrt entlang der Zonengrenze, um sich insbesondere über die wirtschaftlichen Probleme dieser Gebiete zu unterrichten. In einer kurzen Begrüßungsansprache vor den Delegierten hatte er das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen gefordert. Auf die amerikanisch-sowjetischen Sondierungsgespräche eingehend, gab der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß diese Gespräche in Verhandlungen einmünden mögen.

Es müsse darüber verhandelt werden, sagte Barzel, was anomal ist. „Und anomal sind die Mauer, der Schießbefehl und die Reisebeschränkungen.“ Sogenannte Zwischenlösungen, die etwa das Schicksal West-Berlins in die Hände der UNO legen, die Freiheit der Westberliner Bevölkerung in Frage stellen und die Zugehörigkeit der Stadt zum Bund schmälerten, seien abzulehnen.

Das Thema „deutsche Wiedervereinigung“ dürfe nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Der Inhalt der westlichen Verträge beinhalte nicht die Frage, wann und wie wir mit Ulbricht arrangieren können, sondern wie wir ihn möglichst schnell wegbekommen.

Unter starkem Beifall protestierte der Minister scharf gegen den Zwischenfall vom Sonntag an der Berliner Sektorengrenze, wo kommunistische Grenzwächter auf Flüchtlinge in einem Omnibus das Feuer eröffnet hatten.

Was in den viertägigen Beratungen gesagt und beschlossen wurde, fand seinen Niederschlag in einer einstimmig angenommenen EntschlieÙung.

Mit großer Sorge weist die Exil-CDU darauf hin, daß die menschliche und nationale Not, die auf dem deutschen Volk lastet, in der Mitte Europas eine ernste Konfliktlage schafft.

Mauern, Stacheldraht und Schüsse bedrohen nicht nur Deutsche, sondern auch den von allen Völkern erstrebten Frieden.

Die für diesen Zustand Verantwortlichen und die ganze Welt sollen wissen, daß sich die Deutschen niemals an die

Teilung ihres Vaterlandes, niemals an die damit verbundene Unmenschlichkeit gewöhnen werden. Keine Macht der Erde wird eine freie deutsche Unterschrift unter einen Vertrag erwirken können, der direkt oder indirekt die Teilung unseres Landes festlegt.

Die Exil-CDU verlangt, daß den Deutschen diesseits und jenseits der Zonengrenze die Möglichkeit gegeben wird, ihren Willen zur gemeinsamen Selbstbestimmung kundzutun. Sie fordert eine getrennte Volksabstimmung unter Kontrolle der Vereinten Nationen, in der jeder Deutsche frei und geheim auf die Frage antworten kann, ob er das Recht auf

Selbstbestimmung in der Gemeinschaft aller Deutschen will. Die Exil-CDU schlägt vor, daß diese Volksabstimmung zur dringenden Forderung auf den Kundgebungen des 17. Juni dieses Jahres gemacht wird.

Die Exil-CDU fordert Bundestag und Bundesregierung auf, mehr als bisher in allen innen- und außenpolitischen Entscheidungen den gesamtdeutschen Willen sichtbar werden zu lassen.

## Der Parteitag wählte neuen Vorstand

Als Nachfolger des vor zwei Jahren verstorbenen Jakob Kaiser wurde Ernst Lemmer gewählt, zu seinem Stellvertreter wählte der Parteitag Dr. Gradl. Als Beisitzer in den regionalen Hauptvorstand kamen Bundesminister Krone, die Bundestagsabgeordneten Friedensburg und Georg Schneider und die Witwe Jakob Kaisers, Frau Dr. Kaiser-Nebgen.

## Mindszenty immer noch in Budapester US-Gesandtschaft

Deutsche Presseagentur / AP

Budapest — Der ungarische Kardinal Mindszenty, der nach Berichten aus Rom gestern abend im Vatikan eingetroffen sein sollte, befindet sich nach wie vor in der amerikanischen Gesandtschaft in Budapest. Dies gab der USA-Geschäftsträger in der ungarischen Hauptstadt, Jones, offiziell bekannt.

Die Nachricht von der Ankunft Mindszentys in Rom war durch eine Mitteilung der Pressestelle des römischen Flugplatzes entstanden, daß ein kirchlicher Würdenträger eingetroffen sei, von dem man annehme, er sei der Kardinal. Eine schwarze Limousine war über die Landebahn an ein

österreichisches Flugzeug herangefahren, und der kirchliche Würdenträger war direkt von dem Flugzeug in das Auto umgestiegen.

Von zuverlässiger Seite in Budapest wird in diesem Zusammenhang bekannt, daß der seit Herbst 1956 in der USA-Gesandtschaft lebende Kardinal Mindszenty sich auf Grund einer neuerdings erzielten Übereinkunft jederzeit nach Rom begeben könne. Man nimmt an, daß der 72jährige Kardinal die Abreise aus gesundheitlichen Gründen vorerst noch aufgeschoben hat. An der Übereinkunft sind nach den vorliegenden Berichten die Vereinigten Staaten, der Vatikan und die ungarische Regierung beteiligt.

# Weltraumflug

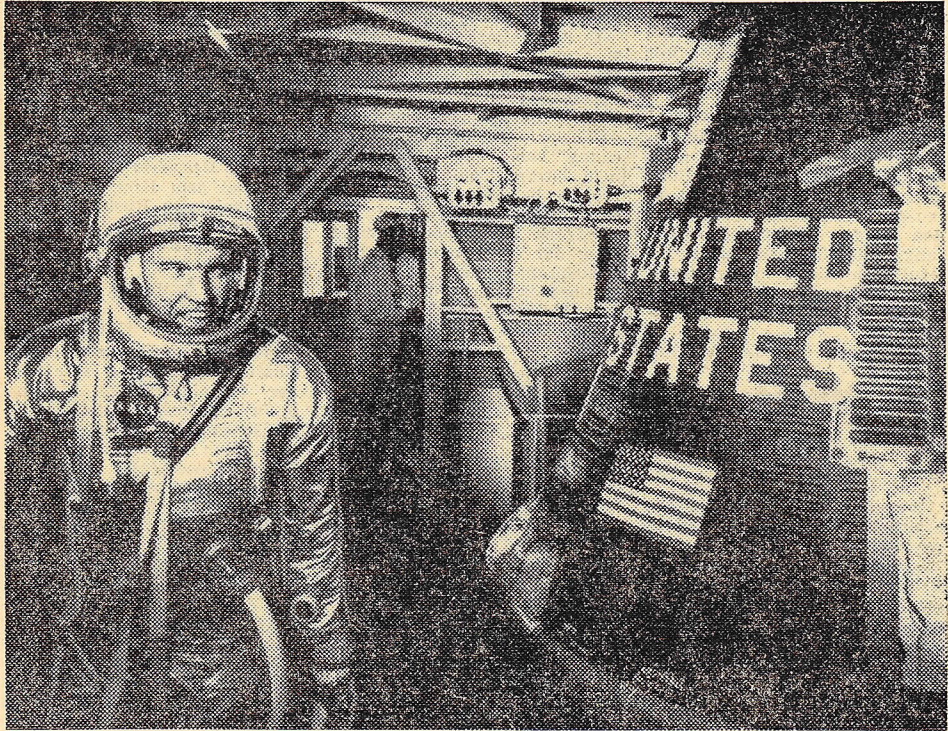
Kap Canaveral — Der Weltraumflug des amerikanischen Astronauten Major Gordon Cooper verläuft weiterhin völlig nach Plan. Am 16. Mai hatte Cooper den Erdball in seiner Raumkapsel „Glaube VII“ zum 14. Male umkreist. Damit hatte er mehr als die Hälfte

daß Cooper gut schlief. Während dieser Zeit wurde kein Funkkontakt mit ihm aufgenommen. Die Ruhepause endete während der 14. Erdumkreisung heute vormittag um 11 Uhr.

Vorher hatte der Astronaut auf die Frage, wie es ihm gehe, geantwortet: „Mir geht es pri-

nende Ölquelle könne er ausmachen. Auf Kap Canaveral herrscht Hochstimmung.

Der Astronaut hat ein umfangreiches Arbeitspensum zu bewältigen. Er führt mehrere Kameras mit sich, mit denen er u. a. das Nachtleuchten — ein vermutlich durch die Dis-



Der amerikanische Astronaut Gordon Cooper besteigt die Raumkapsel.

seiner vorgesehenen Weltraummission erfüllt. Der festgelegte Kurs und die Flugzeiten wurden genau eingehalten. Cooper ist wohl auf.

Zwölf Stunden und 56 Minuten nach seinem Start in Kap Canaveral, gegen 3 Uhr morgens mitteleuropäischer Zeit, begann Cooper die auf acht Stunden angesetzte Ruhepause. Heute früh zeigten die Instrumente, die in Kap Canaveral den Herzschlag und die Atmung des Astronauten messen,

ma, wirklich prima. Unter uns gesagt, ich habe sogar ein Nickerchen gemacht.“

Beim Überfliegen Australiens meldete Cooper an die Bodenstation Muchea, daß westlich von Perth ein Gewitter tobe. Perth hatte damit erstmals eine Wettervorhersage direkt aus dem Weltraum erhalten.

In der australischen Stadt waren alle Lichter eingeschaltet, und der Astronaut berichtete, daß er sie deutlich erkennen könne. Auch eine bren-

persion des Sonnenlichtes durch freie Elektronen in der äußeren Atmosphärenhülle hervorgerufenen Phänomen — sowie die Erde aufnehmen soll. Außerdem muß er einen Schleppballon aus der Kapsel freilassen und beobachten. Dieses Experiment soll dazu dienen, Aufschlüsse über die Orientierungsmöglichkeiten im Weltraum zu liefern, die für ein Rendezvous zweier Weltraumkapseln von größter Bedeutung sind.

## Pariser Vertrag vor Bundestag

Voraussichtlich einstimmige Ratifizierung  
Schlußwort des Bundeskanzlers

Bonn — Der Bundestag wird den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag heute voraussichtlich einstimmig in zweiter und dritter Lesung ratifizieren. Eine vom Auswärtigen Ausschuß ausgearbeitete Präambel, die dem Ratifikationsgesetz vorangestellt wird, beseitigt alle Zweifel über mögliche Konflikte dieses Vertrages mit den Pflichten der beiden Länder in den europäischen Gremien. Bundeskanzler Adenauer hat sich ein Schlußwort vorbehalten.

Der Vertrag muß dann noch im zweiten Durchgang den Bundesrat passieren. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird voraussichtlich Anfang Juli erfolgen, wenn die Gaule in die Bundesrepublik kommt, um sich von Adenauer vor dessen Rücktritt zu verabschieden.

Inzwischen ist der Vertrag

auch der französischen Nationalversammlung zur Billigung zugeleitet worden. Wann die Debatte darüber im Plenum stattfinden wird, steht im Augenblick noch nicht fest. Nach Berichten unseres Pariser Korrespondenten wird dies wahrscheinlich Ende Juni der Fall sein.

In dem sogenannten Motiven-Exposé, das die französische Regierung dem Vertrag beigegeben hat, wird ebenfalls darauf hingewiesen, daß er „keinerlei Abweichung“ von früher eingegangenen internationalen Verpflichtungen bedeute. Weiter heißt es, die in dem Vertrag zum Ausdruck kommende Orientierung der deutsch-französischen Beziehungen habe „die rückhaltlose Zustimmung der großen Mehrheit beider Völker, insbesondere der Jugend, gefunden“.

## Der Anspruch Pankows liegt auf Eis

Zonen-Organ bekennt sich zur Viermächte-Verantwortung  
in West-Berlin

Deutsche Presseagentur

Berlin — Der früher oft erhobene Anspruch der Zonenregierung auf „Zugehörigkeit West-Berlins zur DDR“ liegt nach wie vor auf Eis zugunsten einer Viermächteverantwortung auf Grund von „vierseitigen Beschlüssen“. Das verdeutlicht die offiziöse Ostberliner Zeitschrift „Deutsche Außenpolitik“ in einem grundsätzlichen Artikel über das Selbstbestimmungsrecht.

„Die Regierung der DDR warf nicht mehr die Frage der Zugehörigkeit West-Berlins zur DDR auf, obwohl sie durchaus berechtigt wäre, diese Frage zu stellen“, heißt es in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift zum Berlin-Problem. Solange kein deutscher Friedensvertrag abgeschlossen sei „und die Besetzung West-Berlins durch die Westmächte andauert, trägt die UdSSR neben den drei Mächten die Verantwortung für die Lösung der Frage des Status West-Berlins. Sie übt deshalb auf der Grundlage der entsprechenden Abkommen mit der DDR, unter Berücksichtigung

einer vierseitiger Beschlüsse, weiterhin bestimmte Funktionen sowohl in West-Berlin als auch auf den Verbindungswegen nach West-Berlin aus“.

Ferner wird versichert, solange die deutsche Friedensregelung nicht abgeschlossen sei, verblieben insbesondere bei den vier Großmächten „bestimmte Rechte in den Fragen, die Deutschland als Ganzes betreffen“. In einem historischen Rückblick gibt die „Deutsche Außenpolitik“ zu, daß Berlin durch Viermächteabkommen zu einem „Sondergebiet“ im Rahmen der sowjetischen Zone erklärt wurde. Die Westmächte hätten das Recht erhalten, „die Stadt gemeinsam mit der UdSSR über die interalliierte Kommandantur zu verwalten“. Keines der Viermächteabkommen spreche aber von Hoheitsrechten der drei Westmächte in Berlin. Als mit der Proklamation der „DDR“ Berlin zur „Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik“ erklärt worden sei, hätten die USA, England und Frankreich keine Einwände erhoben.

## Krone sprach mit Kennedy

Deutsche Presseagentur / AP

Washington — Zu einem einstündigen Meinungsaustausch über die gegenwärtige politische Lage empfing Kennedy gestern Bundesminister Krone im Weißen Haus. Der Minister äußerte sich anschließend außerordentlich befriedigt über die Unterredung, die unter anderem dem bevorstehenden Besuch Kennedys in der Bundesrepublik, dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag und der geplanten multilateralen Atomstreitmacht galt.

Das Gespräch mit Kennedy bildete den Höhepunkt des viertägigen Besuches in Washington, bei dem Krone auch mit Außenminister Rusk und Verteidigungsminister McNamara zusammengetroffen war.

## Suslow für die Sowjets

United Press International/dpa

Moskau — Der sowjetische Chefideologe Suslow ist Führer der Parteidelegation, die am 5. Juli in Moskau mit einer chinesischen Parteidelegation unter dem Politbüro-Mitglied Teng Hsiao-ping verhandelt. Weder Chruschtschow, der vorher bei Tito seinen Sommerurlaub verbringt, noch Mao Tse-tung nehmen an den Gesprächen teil. Suslow wird unterstützt von drei ZK-Sekretären, von denen Iljitschow für ideologische Fragen, Andropow für Beziehungen zu den KP in Ostblockländern und Ponomarjow für Beziehungen zu den übrigen ausländischen KP zuständig sind.

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, Berlin-Tempelhof, Siebertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-  
von-Richtofen-Straße 2